

AußenwirtschaftsNews – USA

04/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im vierten Quartal 2025 schwach gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg auf Jahresbasis hochgerechnet um 0,7 Prozent. Eine erste Schätzung war von einem Wachstum von 1,4 Prozent ausgegangen. Im dritten Quartal war noch ein Wachstum von 4,4 Prozent verzeichnet worden. Ursachen für das geringe Wachstum waren ausbleibende Staatsausgaben wegen des Government Shutdowns Ende 2025, ein Rückgang der Exporte und der Konsumausgaben. Im Gesamtjahr ist das reale BIP 2025 um 2,1 Prozent gestiegen. 2024 waren es 2,8 Prozent.
- Im Februar 2026 gingen auf dem Arbeitsmarkt 92.000 Stellen verloren. Grund sind Rückgänge im Gesundheitsbereich und bei Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 4,4 Prozent bei 7,6 Millionen Arbeitslosen.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im Februar saisonbereinigt um 0,7 Prozent gegenüber Januar. Der Anstieg ist vor allem auf gestiegene Kosten im Dienstleistungsbereich zurückzuführen.
- Die Inflation stieg im Februar leicht auf 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Einfluss des Kriegs im Iran spiegelt sich darin noch nicht wider. Die OECD [erwartet](#), dass die Inflation in den USA wegen des Anstiegs der Energiepreise auf 4,2 Prozent steigen könnte.
- Die Verbraucherstimmung hat sich im März verschlechtert und ist auf den bislang niedrigsten Wert des Jahres gefallen. Vor allem kurzfristig erwarten die Befragten eine Verschlechterung ihrer persönlichen finanziellen Situation und der wirtschaftlichen Lage. Die Inflationserwartung für das laufende Jahr ist auf 3,8 Prozent gestiegen und liegt damit deutlich über den Werten der letzten Monate. Die langfristigen Erwartungen der Verbraucher haben sich weniger stark eingetrübt. Die Autoren führen die Entwicklung auf den Krieg im Iran zurück. Der Großteil der Daten ist kurz nach Kriegsbeginn gesammelt worden, als sich höhere Energiepreise, aber noch kein langanhaltender Konflikt abzeichnete.
- Im Januar 2026 verringerte sich das US-Handelsdefizit deutlich auf 54,5 Mrd. USD, ein Rückgang um 18,4 Mrd. USD gegenüber dem Dezember. Im Jahresvergleich ist ebenfalls ein deutlicher Rückgang messbar: Das Handelsdefizit der USA nahm um 57,6 Prozent

bzw. 73,9 Mrd. USD ab. Ursächlich für den Rückgang sind sowohl ein starker Zuwachs der Exporte (+ 10,4 Prozent) als auch stark rückläufige Importe (-11,3 Prozent).

2 Handels- und Zollpolitik

- Erstattung von IEEPA-Zöllen: Das „Court of International Trade“ hat der Zoll- und Grenzschutzbehörde „U.S. Customs and Border Protection“ (CBP) mehr Zeit [eingeräumt](#), um die Rückerstattung der Zölle zu organisieren, die 2025 auf Grundlage des „International Emergency Economic Powers Act“ (IEEPA) erhoben wurden. CBP soll die Rückerstattung automatisieren, sodass sie mit dem „Automated Commercial Environment“ (ACE) der Behörde abgewickelt werden kann. Der Prozess soll in drei Schritten ablaufen: (1) Importeure, die IEEPA-Zölle bezahlt haben, sollen betroffenen Importe in ACE auflisten. (2) ACE bestimmt, welche Zölle und Gebühren drauf erhoben werden dürfen, berechnet die korrekte Zollbelastung und die notwendige Rückerstattung (inkl. Zinsen). (3) Die Zoll- und Grenzschutzbehörde CBP prüft die Berechnung und ordnet die Zahlung an. Seit 6. Februar 2026 werden Rückerstattungen von CBP nur noch elektronisch abgewickelt. Grund ist eine [Änderung des entsprechenden Regelwerks](#). Damit Importeure die Zollrückerstattung erhalten können, müssen sie eine entsprechende Funktion in ACE einrichten. Nach Behördenangaben haben das bislang nur 21.423 Unternehmen, die IEEPA-Zölle bezahlt haben, getan.
- Section 301 Untersuchungen: Anfang März haben die USA zwei Section-301-Untersuchungen wegen unfairer Handelspraktiken gegen 60 Handelspartner, einschließlich der Europäischen Union, eingeleitet. Gegenstand der [ersten Untersuchung](#) sind industrielle Überkapazitäten. Die USA werfen den Mitgliedsstaaten der EU sowie weiteren Staaten vor, in vielen Branchen mehr zu produzieren, als auf heimischen Märkten nachgefragt wird. Produktionsüberschüsse würden in den USA abgesetzt, was die Reindustrialisierung der USA behindern würde. Die [zweite Untersuchung](#) soll herausfinden, ob ausländischen Unternehmen, Vorteile auf dem US-Markt entstehen, weil sie weniger gegen Zwangsarbeit in ihren Lieferketten vorgehen als ihre US-amerikanischen Wettbewerber. Die Untersuchungen können zu neuen Zöllen führen.
- Zollvereinbarung zwischen den USA und der EU: Die USA und die EU haben bekräftigt, dass sie an der Zollvereinbarung vom Sommer 2025 festhalten wollen. Die von den Europäern zugesagten Zolllenkungen für US-Importe würden durch eine Verordnung erreicht, die derzeit den europäischen Gesetzgebungsprozess durchläuft. Ende März hat sich das europäische Parlament für die Zolllenkungen ausgesprochen. Wann die Zölle sinken, bleibt offen. Mehr Informationen finden Sie [auf unserer Webseite](#).
- Kooperation zu kritischen Mineralien: Die Vereinigten Staaten und Japan haben einen [Aktionsplan zu kritischen Mineralien](#) veröffentlicht. Gemeinsam wollen die Staaten alternative Rohstofflieferketten aufbauen und von China unabhängiger werden. Die Staaten wollen mit weiteren Partnern über preis- und handelspolitische Instrumente sprechen, technische und regulatorische Standards aushandeln, bei Forschung und

Entwicklung mehr zusammenarbeiten und die an der Verarbeitung kritischer Mineralien beteiligten Wirtschaftszweige stärken.

- Handelsabkommen zwischen den USA und Ecuador: Die Vereinigten Staaten und Ecuador haben am 13. März 2026 ein [Freihandelsabkommen](#) unterzeichnet. Ecuador vereinfacht den Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Maschinen, Chemikalien, sowie Medizinprodukten aus den USA. Des Weiteren erkennt das Land US-Standards für Fahrzeuge, Pharmazeutika und Medizinprodukte an. Im Gegenzug erhalten vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Ecuador günstigeren Zugang zum US-Markt.

3 Allgemeine Politik

- Kein Zugang zu öffentlichen Aufträgen aufgrund von Gleichstellungsmaßnahmen: Seit letztem Jahr hat das Weiße Haus verschiedene Schritte unternommen, um Programme und Initiativen zu Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion („DEI“) durch Executive Orders einzuschränken. Eine am 26. März 2026 veröffentlichte [Executive Order „Addressing DEI Discrimination By Federal Contractors“](#) will erreichen, dass keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen vergeben werden, die „DEI-Maßnahmen“ ergreifen. Auftragnehmer der öffentlichen Hand sollen sich vertraglich verpflichten, keine solchen Maßnahmen zu ergreifen und sollen eine entsprechende Klausel auch gegenüber Unterauftragsnehmern durchsetzen. Auftragnehmer müssen Informationen zu ihrer Personalpolitik und -förderung gegenüber der öffentlichen Hand offenlegen. Bei Verstößen gegen die Executive Order kann die öffentliche Hand Aufträge entziehen und Unternehmen von zukünftigen öffentlichen Auftragsvergaben ausschließen.
- Teilweiser Government Shutdown: Seit 14. Februar 2026 gibt es keinen Haushaltsplan für das Heimatschutzministerium DHS. Die Folge ist ein teilweiser Regierungsstillstand, da das Ministerium und die ihm nachgeordneten Behörden nurmehr ausgewählte Aufgaben erledigen. Mitarbeitende von Ministerium und nachgeordneten Behörden werden nicht mehr bezahlt; viele sind freigestellt. Wer zur Arbeit erscheinen muss, tut dies unbezahlt. Das gilt bspw. für die Mitarbeitenden der Flugsicherung. Ursache für den Regierungsstillstand ist der Konflikt über die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE, die dem Heimatschutzministerium nachgeordnet ist. Die Demokraten kritisieren ICE wegen seines teils brutalen und intransparenten Vorgehens gegen Immigranten und US-Bürger. Die Demokraten wollen die Finanzierung für die Behörde verweigern, bis ICE sein Vorgehen ändert.



Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.